

Kurz berichtet

Prostituiertenschutzgesetz gilt ab November – Opposition kritisiert Umsetzung

STUTTGART (lsw) - Die vom Sozialministerium geplante Landesregelung für das neue Prostituiertenschutzgesetz ist am Donnerstag im Landtag auf Kritik der Opposition gestoßen. Wenn das Land den Kommunen neue Aufgaben zuordnen müsse, es die entstehenden Kosten ausreichend ausgleichen, sagte die SPD-Abgeordnete Sabine Wölfle.



Sabine Wölfle (SPD). FOTO: DPA

vereinbart werden. Bislang nimmt das Sozialministerium die Aufgaben noch stellvertretend wahr. Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) sagte, es müssten Strukturen geschaffen werden, mit denen Vertrauen zu den Prostituierten aufgebaut werden könne. Sexarbeiterinnen litten oft unter Stigmatisierung und Ausgrenzung.

Die SPD-Abgeordnete Wölfle monierte, dass der Zeitbedarf für die Anmeldung sowie das Informations- und Beratungsgespräch lediglich auf 35 Minuten angesetzt seien.

Der FDP-Abgeordnete Jochen Haußmann sagte, Alibi-Beratungen nützten niemanden und kämen mehr als Placebo daher, als dass sie für die Verbesserung der Situation der Betroffenen taugten. Haußmann kritisierte auch den engen Zeitplan. Das Gesetz soll bereits zum 1. November in Kraft treten.

Das Gesetz regelt die Ausführung eines Bundesgesetzes, das bereits seit Juli 2017 gilt. Es sieht unter anderem eine persönliche Anmeldepflicht für Sexarbeiterinnen vor, ihre Registrierung inklusive eines entsprechenden Ausweises, und es verpflichtet sie zu regelmäßiger gesundheitlicher Beratung.

Die Termine für das nun erforderliche Beratungsgespräch können künftig bei den entsprechenden Stadt- und Landkreisen

Neues Naturschutzgesetz für schnellere Informationen

STUTTGART (lsw) - Das Landesnaturschutzgesetz wird an das digitale Zeitalter angepasst. Dadurch könnten noch mehr Menschen auf digitalem Weg schneller und leichter Einsicht in laufende Verfahren von Schutzgebietsausweisungen erhalten, sagte Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) am Donnerstag bei der ersten Lesung des Gesetzes im Landtag. Demnach sollen elektronische Verordnungstexte und Karten künftig in der Umwelt- und Naturschutzverwaltung eine größere Rolle spielen. Die Gewerkschaften monierten, dass im Zuge des komplexen Gesetzesvorhabens auch teilweise bestehende Vorgaben bei der Bezahlung von Arbeitnehmern durch die Hintertür ausgehebelt werden sollen. Landestarifreue- und Mindestlohngesetze würden „klammeilich sinnentleert“, kritisierte DGB-Landeschef Martin Kunzmann.

Verfassungsrichter prüfen Ablehnung von Ausschuss

STUTTGART (lsw) - Der Verfassungsgerichtshof in Stuttgart befasst sich am 8. Dezember mit der Ablehnung eines Untersuchungsausschusses „Linksextremismus in Baden-Württemberg“. Das teilte eine Justizsprecherin am Donnerstag mit. Der Landtag hatte die Einsetzung des Ausschusses am 10. November 2016 abgelehnt – der Antrag war drei Monate zuvor von der AfD-Fraktion und der zwischenzeitlich von AfD-Mitgliedern gebildeten ABW-Fraktion gestellt worden.

Cyberwehr kommt nach Karlsruhe

STUTTGART/KARLSRUHE (lsw) - Die geplante Anlaufstelle des Landes Baden-Württemberg gegen Hackerangriffe kommt nach Karlsruhe. Dies kündigte Innenminister Thomas Strobl (CDU) nach einem Treffen von Unternehmen und IT-Experten am Mittwochabend in Karlsruhe im SWR an. Wie konkret die Cyberwehr arbeiten soll, ließ Strobl offen. Start des Pilotprojekts sei Anfang 2018, es soll kleinen und mittelständischen Firmen helfen, die keine eigenen IT-Spezialisten haben.

Ab dem Wochenende Feinstaubalarm in Stuttgart

STUTTGART (lsw) - Trotz vermutlich überschaubarer Wirkung will Stuttgart am Feinstaubalarm festhalten. „Freude macht uns das auch nicht, aber es ist notwendig“, sagte Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) am Donnerstag in Stuttgart vor der am Wochenende startenden dritten Feinstaubalarm-Periode. Es gehe um Gesundheitsschutz und da könne die Stadt auf nichts verzichten, was zur Luftreinhaltung beiträgt. Vom Wochenende an kann – bei entsprechendem Wetter – wieder Feinstaubalarm ausgelöst werden. Seit Anfang 2016 gibt es dieses Instrument. Bis es regnet oder der Wind die Schadstoffe aus dem Talkessel bläst, werden Autofahrer zum Umstieg auf Busse und Bahnen aufgerufen. Verboten ist an solchen Tagen das Anfeuern sogenannter Komfortkamine, die allein der Bequemlichkeit dienen.

Strobl ruft zur Abgabe illegaler Waffen auf

STUTTGART (lsw) - Besitzer von illegalen Waffen haben bis zum 1. Juli 2018 die Möglichkeit, diese straffrei bei der Waffenbehörde abzugeben. Baden-Württemberg will dadurch bewirken, dass die Anzahl illegaler Waffen sinkt. „Eine zeitlich befristete Amnestie ist dafür ein gutes Mittel“, sagte Innenminister Thomas Strobl (CDU) am Donnerstag in Stuttgart. Die Amnestieregelung wurde im Zuge der jüngsten Änderung des Waffengesetzes eingeführt.

Zwei Tote bei Unfall im Alb-Donau-Kreis

BERGHÜLEN (lsw) - Zwei Tote und eine Verletzte – das ist die Bilanz eines Unfalls am Donnerstagmorgen in Berghülen (Alb-Donau-Kreis). Die 23-jährige Verursacherin habe beim Abbiegen nach links ein entgegenkommendes Auto übersehen, teilte die Polizei mit. Der entgegenkommende Wagen schleuderte nach dem Zusammenstoß auf die Gegenfahrbahn und prallte dort mit einem anderen Fahrzeug zusammen. Die Fahrer dieser beiden Autos starben noch an der Unfallstelle nahe Blaubeuren. Die Frau erlitt am Steuer ihres Kleinwagens nur leichte Verletzungen.

Von Ludger Möllers

ULM - Die Familie der in der Türkei inhaftierten deutschen Übersetzerin und Journalistin Mesale Tolu erwartet von der Bundesregierung mehr Engagement, um die Freilassung der aus Ulm stammenden Publizistin zu erreichen. Die Bundesrepublik müsse ihre gesamten Beziehungen zur Türkei überprüfen, sagte Hüseyin Tolu, der Bruder der Inhaftierten, der „Schwäbischen Zeitung“. Seine Schwester sei als „Geisel des türkischen Präsident Recep Tayyip Erdoğan“ in Haft: „Die deutsche Politik muss Antworten finden, wie sie meine Schwester aus dieser Haft befreit.“ Hüseyin Tolu sagte weiter, dass der zweijährige Sohn Mesale Tolus, Serkan, am Montag nach Deutschland gebracht werde. Der Junge hatte seit der Verhaftung seiner Mutter Ende April mit ihr im Istanbul-Frauengefängnis gelebt.

Mittwochabend dieser Woche. Soeben hat das Gericht im türkischen Silivri entschieden, Mesale Tolu nicht aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Der 32-Jährigen werden Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und die Verbreitung terroristischer Propaganda vorgeworfen. Ihr drohen bis zu 20 Jahre Haft. Der Prozess soll am 18. Dezember fortgesetzt werden.

Der Schock sitzt tief

Bei den Prozessbeobachtern sitzt der Schock tief, dass Tolu weiter im Gefängnis bleiben muss und nicht bis zum Folgetermin auf freien Fuß kommt. Der Vater der Angeklagten, Ali Reza Tolu, hat den Prozess im Gerichtssaal verfolgt. Im Telefonat mit der „Schwäbischen Zeitung“ fehlen dem 58-Jährigen zunächst die Worte. Die Situation fasst ihn emotional an. Dann beschreibt er, wie sich seine Tochter vor Gericht verteidigt hat: „Mesale hat sich gut geschlagen, tapfer, super.“ Auch die Verteidiger hätten schlüssig argumentiert – „doch leider ohne Erfolg“. Er selber werde in der Türkei bleiben, „bis meine Tochter wieder frei ist“. Dagegen werde sein Enkelsohn, Serkan, schon am Montag nach Neu-Ulm zurückkommen und in der Familie seines Sohnes leben: „Serkan wird im Dezember drei Jahre alt, er kann nicht im Gefängnis bleiben, dort ist es im Winter viel zu kalt.“

„Auch mein Vater ist fix und fertig“, bestätigt später am Abend Hüseyin Tolu, „unsere Familie ist am Ende ihrer Kräfte.“ Seit Ende April habe sich das Leben „komplett gedreht“. Denn nicht nur Mesale Tolu



„Wir dürfen Mesale nicht vergessen“: Hüseyin Tolu aus Neu-Ulm muss weiter um das Schicksal seiner Schwester bangen.

FOTO: DPA

sitzt in türkischer Haft, auch ihr Mann, Suat Corlu, war im April festgenommen worden. Die Familie müsse die Anwaltskosten tragen, Gäste beherbergen, Reisen organisieren, zu Demonstrationen fahren: „Und und und.“ Das sei „alles ok.“

Doch manchmal gehe es einfach nicht weiter: „Ich hatte heute Abend einen Termin bei ‚stern TV‘“, sagt Hüseyin Tolu: „Ich saß schon im Zug nach Köln. Als ich aber hörte, dass Mesale im Knast bleiben muss, bin ich in Stuttgart ausgestiegen und zurückgefahren. Ich kann jetzt keine Fernsehinterviews geben.“ Er werde aber den Kontakt zur Presse halten, Interviewanfragen weiter nachkommen: „Wir dürfen Mesale nicht vergessen – wie lange es auch dauert!“ Und er fügt hinzu: „Aus Wut ist Hass geworden.“

Serkan, der kleine Sohn des inhaftierten Ehepaars, wird jetzt in der Familie von Hüseyin Tolu aufwachsen. Die eigenen Kinder sind ein und sechs Jahre alt: „Das ist für uns selbstverständlich, dass wir Serkan aufnehmen“, sagt der 36-Jährige. Gleichzeitig erwarte er, dass er in Neu-Ulm, seinem Wohnort, Ansprechpartner für alltägliche Probleme findet. Beispielsweise müsse seine Frau etwas länger als geplant Erziehungsurlaub nehmen: „Darüber würde ich gerne reden und bitte um praktische Solidarität.“

Am Donnerstag weist dann die Bundesregierung Spekulationen zurück, die Türkei wolle mit der Inhaftierung deutscher Staatsbürger die Auslieferung mutmaßlicher türkischer Putschisten und Terrorverdächtiger aus Deutschland erzwin-

gen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte im August gesagt: „Genauso wie Deutschland seine Bürger von uns zurückhaben möchte“, erwarte die Türkei, die „sich dort aufhaltenden Terroristen“ ausgehändigt zu bekommen. Gemeint sind angebliche Unterstützer des Predigers Fethullah Gülen, den Erdogan für den Putschversuch vom Juli 2016 verantwortlich macht. Zudem wolle Deutschland „Kriminelle“ zurück, während die Türkei „Terroristen“ ausgeliefert haben wolle.

Das Auswärtige Amt hält dagegen: „Der Bundesregierung liegen keine Informationen über eine mögliche Forderung der Türkei vor, inhaftierte deutsche Staatsangehörige gegen türkische Staatsangehörige auszutauschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben.“

Heftige Debatte um die Gemeinschaftsschule

Im Landtag brechen alte Gräben wieder auf – Grüne und CDU beharken sich

Von Katja Korf

STUTTGART - Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg bleibt fünf Jahre nach ihrer Einführung umstritten. Am Donnerstag lieferten sich die Parteien im Landtag einmal mehr einen Schlagabtausch über Sinn und Finanzierung der Schulart. Dabei verliefen die Fronten zum Teil auch zwischen den Regierungsfractionen von Grünen und CDU.

Das Thema war in den Koalitionsverhandlungen eines der Schwierigsten für die grün-schwarzen Regierungspartner. Die Grünen sind vehementer Verfechter der Gemeinschaftsschulen, die CDU sträubte sich gegen deren Einführung.

Sinkende Schülerzahlen

Eines der Probleme der Gemeinschaftsschulen: Die Schülerzahlen sinken. Die grüne Bildungsexpertin Sandra Boser sprach am Donnerstag dennoch von einer Erfolgsgeschichte: „Fünf Jahre Gemeinschaftsschule heißt fünf Jahre ein leistungsstarkes, wohnortnahe Bildungsangebot, das alle Schüler in ihrem jeweiligen Leistungsspektrum fördert.“ Zwar hätten einige Standorte Probleme, weil zu wenige Eltern ihre Kinder anmelden. Andere jedoch müssten Schüler abweisen.

Es gelten die Prognosekriterien für die Vorhersage künftiger Schülerzahlen zu verändern, um diese besser vorhersagen zu können. Mit einem Seitenhieb auf die CDU ver-

wies Boser auf Forderungen aus dem Handwerk. Dieses wünscht sich mehr Unterstützung für Gemeinschaftsschulen, ist aber traditionell eher CDU- als grünen nah. „Ich glaube, es wäre genau auch für die Kollegen der CDU richtig, da hinzuhören und dem Handwerkstag zuzuhören“, sagte Boser.

Das konterte Raimund Haser für die CDU. Jede zweite Gemeinschaftsschule sei wegen zu geringer Anmeldezahlen heute nicht mehr genehmigungsfähig. Das stelle viele Gemeinden, die Geld in die Schulen investiert hätten, vor Probleme. „Daran, liebe Frau Boser, ist die CDU-

Fraktion ganz bestimmt nicht Schuld“. Vielmehr habe die grün-rote Landesregierung die verbindliche Grundschulpflicht abgeschafft – und zwar, um auf ein Bildungssystem mit nur noch einem Schultyp, der Gemeinschaftsschule, hinzuwirken. Die Grünen hätten sich zum Glück mittlerweile eines Besseren besonnen.

Der SPD-Bildungsexperte Stefan Fulst-Blei warf der amtierenden grün-schwarzen Regierung vor, diese „Schule für alle“ schlecht zurecht zu geben. Es gebe an den Gemeinschaftsschulen zu wenige Gymnasiallehrer. Das sei aber nicht durch mangel-

des Interesse der Pädagogen zu erklären, wie es Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) nahelege. Vielmehr habe sie viel zu wenige Lehrkräfte eingestellt. Eisenmann wehrte sich: „Wir lassen nichts unversucht, um gymnasiale Bewerber für die Gemeinschaftsschule zu gewinnen.“

Rainer Balzer (AfD) hält die Gemeinschaftsschule für gescheitert. „Die Eltern haben mit den Füßen abgestimmt“. Die FDP forderte, die Privilegierung der Gemeinschaftsschule zu beenden. Sie erhält derzeit mehr Förderung vom Land als andere Schulen.



Gemeinschaftsschule in Horgenzell (Kreis Ravensburg): Die Schulform ist von Grün-Rot eingeführt worden.

FOTO: DPA

Stichwort: Gemeinschaftsschule

Die Gemeinschaftsschule besteht aus den Klassen fünf bis zehn, kann aber auch die Grundschule umfassen. Wenn mindestens 60 Schüler zusammenkommen, kann auch eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden; an zwei Schulen – in Konstanz und Tübingen – wurde das bereits genehmigt. Ansonsten kann der Hauptschulabschluss und der mittlere Abschluss abgelegt werden. Sitznenbleiben gibt es nicht mehr, die Leistungen werden in der Regel nicht mehr mit Noten gemessen. (lsw)

Schwäbische Zeitung

Gründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laugheim, Leutkirch, Lindau, Markt, Metzingen, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller,
Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser;

Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener;
Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;
Beilagen/Wochenende: Dirk Ullrich;
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,
Weingarten und Ulm

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0715 / 2955-0; Telefax 0715 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0715 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer
Chef vom Dienst: Bernd Schebitz
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der
Presse Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind
die Lokalkorrespondenten und die lokalen Anzeigenleiter verant-
wortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder
Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine
Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0715 / 29 555 555
Telefax: 0715 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de